



EUROPABRIEF

Dr. Peter Jahr Hermann Winkler

Mitglieder des Europäischen Parlaments



Europabüros • Leipzig • Burgstädt • Bautzen • Chemnitz • Döbeln • Dresden • Plauen • Pirna • Zittau

Nr. 2 - Februar 2014

Liebe Leserinnen und Leser,

mit einer knappen Mehrheit hat die Schweiz am vergangenen Sonntag der Anti-Zuwanderungsinitiative zugestimmt. Dieses Votum gegen "Masseneinwanderung" überraschte nicht nur die Europäer, sondern vielleicht auch manchen Schweizer selbst.

Obwohl das Land kein Mitglied der Europäischen Union ist, sind doch beide mit über 120 Abkommen in enger vertraglicher Zusammenarbeit verbunden. Diese ermöglichen der Schweiz die Teilnahme an wichtigen Bereichen wie dem europäischen Binnenmarkt und den Grundprinzipien der EU - also der Bewegungsfreiheit für Personen, Kapital, Dienstleistungen und Güter. Diese sind voneinander nicht trennbar. Wird ein Vertragsteil aufgelöst, kippt das ganze Abkommen. Die Folgen einer Einwanderungsquote könnten sich zudem negativ auf den Fachkräftebedarf auswirken - beruht doch ein Großteil des Wirtschaftswachstums der Schweiz auf der Zuwanderung.

Doch so hart die Entscheidung auch ausfallen mag, die demokratische Volksabstimmung gilt es zu akzeptieren. Wir sollten eben nicht los poltern, wie es der SPD-Bundes-Vize beispielsweise mit dem Ausspruch "Die Schweizer spinnen" getan hat. Viel mehr müssen wir die mit dem Votum zum Ausdruck gebrachten Sorgen ernst nehmen. Schließlich könnte uns diese Debatte auch in Deutschland begegnen.

Es besteht durchaus die Gefahr, dass die Schweizer Volksabstimmung die antieuropäischen Parteien und die Populisten beflügeln könnte. In den anstehenden Monaten kommt es nicht nur darauf an, den Populisten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Wir müssen mit sachlichen Argumenten überzeugen. Dabei fällt auch den Medien eine entscheidende Rolle zu.

Herzliche Grüße aus Brüssel



SCHLAGLICHTER

1 Europa aktuell

Abgeordnete sprechen sich für verbesserte Fluggastrechte aus

Übergangsfrist für neue SEPA-Überweisungen bis August 2014 verlängert

Förderung von Jugendprojekten zur Europawahl 2014

2 Standpunkt

Verhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen

3 Sachsen & Europa

Sächsische Terminvorschau

Impressum

Dr. Peter Jahr MdEP und Hermann Winkler MdEP

Europäisches Parlament, Rue Wiertz 60, 1047 Brüssel

Telefon: +32 228 47195 und +32 228 37306

www.peter-jahr.de und www.hermann-winkler.eu

E-Mail: peter.jahr@europarl.europa.eu und hermann.winkler@europarl.europa.eu

Bildnachweis: PHOTO © European Union

Europa aktuell

Abgeordnete sprechen sich für verbesserte Fluggastrechte aus

Nach dem Wunsch der Abgeordneten des Europäischen Parlaments, sollen Flugreisende zukünftig mehr Rechte erhalten. Entsprechende Vorschläge hatten die Parlamentarier vergangene Woche in Straßburg mehrheitlich angenommen. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass Fluggesellschaften dazu verpflichtet werden, ihre Gäste regelmäßig und so früh wie möglich über die Umstände ihres verspäteten oder annullierten Fluges zu informieren, in jedem Fall spätestens 30 Minuten nach der planmäßigen Abflugzeit. Außerdem sollen Flugreisende nicht länger daran gehindert werden, einen Rückflug anzutreten, auch wenn sie das Ticket für die Hinreise nicht in Anspruch genommen haben. Besonders verbraucherfreundlich ist zudem der Vorschlag, die Beschwerdemöglichkeiten der Passagiere deutlich zu verbessern. Nun müssen sich im Juni die zuständigen Minister der Mitgliedstaaten einigen, bevor der Gesetzentwurf dann endgültig in Kraft treten kann.

Übergangsfrist für neue SEPA-Überweisungen bis August 2014 verlängert

Banken und Unternehmen haben länger Zeit, ihre Überweisungen und Lastschriften auf das SEPA-Verfahren umzustellen. Das Europäische Parlament hatte letzte Woche dafür gestimmt, die Übergangsphase für die Nutzung der neuen EU-Kontonummern bis zum 1. August 2014 zu verlängern. Denn Daten der Europäischen Zentralbank haben gezeigt, dass im Dezember 2013 knapp 74 Prozent aller Überweisungen und nur 41 Prozent aller Lastschriften mit den neuen SEPA-Standards übereinstimmten. SEPA steht für Single Euro Payments Area. Dieser einheitliche Euro-Zahlungsverkehrsraum wurde vor zehn Jahren initiiert, damit Überweisungen innerhalb der Eurozone so reibungslos, schnell und sicher ablaufen wie nationale Überweisungen. Wenn auch die Umstellung mit einigem Mehraufwand verbunden ist, zahlt sich ein einheitlicher Zahlungsverkehrsraum mittelfristig aus. Dies gilt insbesondere für die kleinen und mittelständischen Betriebe auch in Sachsen, welche durch SEPA von hohen Gebühren und rechtlichen Risiken für Auslandstransaktionen befreit werden. Auch private Verbraucher können beispielsweise bei der Urlaubsbuchung oder dem Online-Handel davon profitieren.

Meine Stimme. Deine Wahl! Förderung von Jugendprojekten zur Europawahl 2014

Die Young European Professionals (YEPs) rufen mit der Aktion "Meine Stimme. Deine Wahl!" Jugendliche auf, sich auf kreative Weise mit der Europawahl 2014 auseinanderzusetzen. Mit bis zu 1000 Euro Preisgeld und bis zu 500 Euro Projektförderung werden ausgewählte Projekte unterstützt. Der Phantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt: Von Wahlzeitungen über Ausstellungen bis zu Lesungen, Videos, Infoabenden, Konzerten, Theaterstücken, überparteilichen Wahlständen oder Events wie Wahlpartys ist alles möglich. Zur Unterstützung bei der Umsetzung der Projekte können die Teilnehmer bis zum 30. April 2014 Fördergelder beantragen. Bewerbungen können sich Schüler- und Jugendgruppen (mindestens drei Personen) im Alter von bis zu 22 Jahren. Nähere Informationen zum Projekt, den Förderungsrichtlinien und den Bewerbungsmodalitäten finden Sie unter: www.bpb.de/meinestimme



EUROPAWAHL 2014 - Handeln, Mitmachen, Bewegen

Die Europawahl am 25. Mai 2014, bei der rund 507 Millionen Bürger aufgefordert sein werden, ihre 751 Vertreter zu wählen, ist in vielerlei Hinsicht eine besondere Wahl. Denn der Vertrag von Lissabon, der erst im Dezember 2009 in Kraft trat, sichert den Abgeordneten des Europäischen Parlamentes nicht nur wesentlich mehr Mitspracherecht bei Gesetzgebungsverfahren zu. Er sieht auch vor, dass die Abgeordneten bei der Wahl des nächsten Präsidenten der Europäischen Kommission - also dem Nachfolger von José Manuel Barroso - mitentscheiden: zunächst schlagen die Staats- und Regierungschefs einen Kandidaten oder eine Kandidatin für das Amt vor. Danach muss die absolute Mehrheit im Parlament den Vorschlag bestätigen bzw. kann diesen auch ablehnen. Demzufolge ist die kommende Europawahl auch eine Wahl über den künftigen Kurs der Europäischen Union, den alle Bürgerinnen und Bürger mitbestimmen können.



Verhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen

Auch zwischen guten Freunden kann es schon mal vorkommen, dass die sinnbildliche Tür zwischen beiden etwas knarrt. So ist auch das derzeitige Verhältnis zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika durchaus angespannt. Die Affäre um die Datensammelerei der NSA ließ einigen Politikern den Kragen platzen – selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel fand in ihrer ersten Regierungserklärung seit der Wahl vom September 2013 recht deutliche und klare Worte. Dass die EU und die USA bisweilen widerstrebende Interessen haben, zeigt auch der schwelende Prozess um das geplante bilaterale Freihandelsabkommen. Momentan befinden sich die Gespräche dazu erst am Anfang und bedürfen noch einiger Zeit, bevor weitere entscheidende Schritte unternommen werden können. Positiv ist zu bewerten, dass in der dritten Verhandlungsrunde im Dezember 2013 beide Seiten ihre Entschlossenheit betonten, ein erfolgreiches Abkommen zu erzielen. Ein potenzieller gemeinsamer Wirtschaftsraum, der über 800 Millionen Menschen einbezieht und erheblichen volkswirtschaftlicher Nutzen sowohl für die EU und die USA verspricht, ist ein Argument, das auf beiden Seiten des Atlantiks anspricht.

Dennoch darf dieses Projekt nicht auf Kosten der Rechte der europäischen Bürger abgeschlossen werden: Insbesondere die hohen europäischen Lebensmittelstandards sind eine rote Linie, die es nicht zu überschreiten gilt. Vor allem beim Verbraucher-, Umwelt- und dem Gesundheitsschutz sollten unsere hohen europäischen Standards nicht verhandelbar sein. Dies betrifft vor allem die Einfuhr solcher amerikanischer Produkte, die nicht europäischen und deutschen Verbraucherschutzstandards entsprechen.

Darum ist die Idee eines Freihandelsabkommens auch nicht, sich auf einen möglichst niedrigen gemeinsamen Standard zu verständigen. Vielmehr sollten einerseits die Punkte ausgemacht werden, bei denen beispielsweise für den Verbraucher- oder Umweltschutz unerhebliche Standards angeglichen werden können, um eine Erleichterung für den Warenaustausch zu erreichen. Oder ist es für die Verkehrssicherheit wirklich wichtig, ob ein Seitenspiegel am Auto einklappbar ist? Wo es sinnvoll und gerechtfertigt ist, sollte aber über eine Annäherung an die jeweils höheren Standards des Anderen nachgedacht werden. Und eines ist klar: Nicht nur wir Europäer haben rote Linien formuliert.

Um diese Fragen zu klären und gemeinsame sowie auseinandergelungene Punkte auszumachen, ist es dringend notwendig, eine Vielzahl von Organisationen der europäischen Zivilgesellschaft zu den verschiedenen Einzelheiten des Abkommens zu konsultieren – seien dies nun Wirtschaftsverbände oder Verbraucherorganisationen. So kann frühzeitig signalisiert werden, welche Aspekte problematisch sind.

Trotz dessen werden das Europäische Parlament und der Europäische Rat nicht aus der Verantwortung genommen - denn letztlich sind diese beiden Institutionen diejenigen, die das Abkommen verabschieden werden.

Wie kompliziert die Verhandlungen sind, zeigt nicht zuletzt die aktuelle Unterbrechung der Beratungen, um Unklarheiten zum Investorenschutz zu beseitigen und einheitliche europäische Positionen zu finden. Denn eines darf trotz der jahrzehntelangen Freundschaft zwischen den USA und Europa nicht aus dem Blickfeld geraten: Ein mögliches Freihandelsabkommen wird niemals gegen europäisches Recht verstoßen.



„Wo es sinnvoll und gerechtfertigt ist, sollte über eine Annäherung an die jeweils höheren Standards des Anderen nachgedacht werden.“

Dr. Peter Jahr

Sachsen & Europa

Europäischer Tag des Notrufs 112 am 11.2.

80 Prozent der Deutschen kennen ihn nicht, obwohl 50 Prozent der Deutschen sich mindestens einmal im Jahr im Ausland aufhalten - den europäischen Notruf 112. Seit 2008 kann die 112 in allen EU-Staaten kostenfrei von Festnetz und Mobiltelefon erreicht werden. „Der europaweite Notruf ist ein Beispiel für eine Europäische Union, wie ich sie mir vorstelle. Eine EU die schützt und nützt, indem sie dafür sorgt, dass im Notfall überall die passende Nummer schnell zur Hand ist. Auch im Urlaub, beim Auslandssemester oder auf Dienstreise werden somit keine wertvollen Minuten verschenkt.“, sagte der Europaabgeordnete Hermann Winkler, der dem EU-Notruf zu mehr Bekanntheit verhelfen möchte. Anlässlich des Notruftages am 11.2. platzierte Hermann Winkler die Aufkleber "Notruf 112 europaweit" auf den Einsatzfahrzeugen der Johanniter-Unfall-Hilfe in Leipzig.



Senisibilisieren für den EU-Notruf 112: Hermann Winkler MdEP (2.v.l.), Ordnungsbürgermeister der Stadt Leipzig Heiko Rosenthal (3.v.r.) und Vertreter der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.

Neujahrspresseessen mit Dr. Peter Jahr

Bereits das vierte Jahr in Folge lud Dr. Peter Jahr die Abgeordneten der Region, den Landrat sowie den Vorsitzenden der Kreistagsfraktion und die Vertreter der örtlichen Presse zum nunmehr traditionellen Neujahrssessen ein.

Sowohl die Politiker als auch Medienvertreter gewährten sich gegenseitige Einblicke in ihr tägliches Arbeitsfeld und Vorhaben für das neue Jahr. Besonders hervorgehoben wurden vor allem die Verknüpfungen zwischen den einzelnen politischen Ebenen von Kommune bis Europa.



Dr. Peter Jahr unter anderem mit Veronika Bellmann MdB (4.v.l.), Thomas Schmidt MdL (3.v.l.) und Marco Wanderwitz MdB (5.v.r.)

Ausschreibung: Hubertusburger Jugend-Friedenspreis 2014

Der Friedensvertrag von Hubertusburg, abgeschlossen zwischen Preußen, Österreich und Sachsen auf Schloss Hubertusburg bei Wernsdorf, beendete 1763 den Siebenjährigen Krieg. Der 3. Hubertusburger Jugend-Friedenspreis richtet sich an Jugendliche bis 25 Jahre, die sich kreativ mit dem Thema "Ein bisschen Frieden" auseinandersetzen möchten - ob in Form einer darstellend- oder bildend-künstlerischen Arbeit, eines Gedichtes, einer Geschichte oder Reportage. Zu gewinnen gibt es einen Pokal und Geldpreise. Einsendeschluss ist der 15. Juni 2014. Weitere Informationen finden Sie hier: <http://www.freundeskreis-hubertusburg.de/hubertusburger-jugend-friedenspreis-2014>

SÄCHSISCHE TERMINVORSCHAU

Hier finden Sie eine Auswahl von Terminen, bei denen Sie uns antreffen können. Weitere Informationen erhalten Sie auf der Website oder auf Anfrage.

- 14.02.2014** Fachvortrag von Dr. Peter Jahr zum Thema "Die EU-Agrarpolitik bis 2020- Was kommt, was bleibt?" beim Sächsischen Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie in Göda
- 14.02.2014** Dr. Peter Jahr übergibt Aufkleber zur Aktion "Notruf 112-europaweit" an den Rettungsdienst Mittelsachsen in Mittweida
- 15.02.2014** Podiumsdiskussion mit Hermann Winkler bei der Mitteldeutschen Handwerksmesse in Leipzig
- 20.02.2014** Handwerkspolitisches Forum der Kreishandwerkerschaft Leipzig mit Hermann Winkler
- 28.02.2014** Abschlussveranstaltung der Schülerakademie des Vereins Ländliche Erwachsenenbildung im Freistaat Sachsen e.V. mit Hermann Winkler in Zschopau
- 02.03.2014** Fachvortrag von Dr. Peter Jahr zum Thema "Umwälzung in der Landwirtschaft" bei der Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung in Radebeul
- 05.03.2014** Politischer Aschermittwoch mit Hermann Winkler bei der CDU Leipzig
- 08.03.2014** Agrarpolitisches Gespräch mit Dr. Peter Jahr und anschließende Eröffnung des "Europäischen Bauernmarktes" in Plauen

Sie möchten den Europabrief regelmäßig per E-Mail bekommen? Melden Sie sich an unter:
<http://www.hermann-winkler.de/de/buergerbrief/anmelde-formular>